



Die folgende Zusammenstellung enthält - vorbehaltlich weiterer Ladungen und möglicher Terminaufhebungen - eine Übersicht über ausgewählte öffentliche Verhandlungen des Oberverwaltungsgerichts, die in der Zeit von 1. Mai 2025 bis 15. Mai 2025 vorgesehen sind.

Nr. 9 vom 28.04.2025

## Termine Mai/1. Hälfte (Stand: 28. April 2025)

### 06.05.2025

Sitzungssaal II

Uhrzeit: 14.00 Uhr

Aktenzeichen: 5 A 438/22 (VG Düsseldorf, 18 K 7012/20)

(...) ./.. Stadt Solingen - Klingenstein -

Die Stadt Solingen untersagte der Klägerin die Haltung ihres Hundes „Murphy“, weil dieser als gefährlich einzustufen sei. Nach dem Landeshundegesetz sind gefährliche Hunde solche der Rassen Pitbull Terrier, American Staffordshire Terrier, Staffordshire Bullterrier und Bullterrier und deren Kreuzungen untereinander sowie deren Kreuzungen mit anderen Hunden. Die Stadt Solingen geht bei „Murphy“ von einer Kreuzung eines American Pitbull Terriers mit einem anderen Hund aus. Diese Einschätzung hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf nach einer eingehenden Rassebeurteilung geteilt, der Klage aber aus anderen Gründen im Januar 2022 stattgegeben. Hiergegen richtet sich die Berufung der Stadt Solingen.

### 06.05.2025

Sitzungssaal II

Uhrzeit: 15.30 Uhr

Aktenzeichen: 5 A 1745/23 (VG Aachen, 6 K 2488/21)

(...) ./.. Stadt Aachen

Der Kläger ist Halter des deutschen Schäferhundes „Zack“. Aufgrund verschiedener Vorfälle untersagte die Beklagte (Stadt Aachen) ihm die Haltung des Hundes auf der Grundlage des Landeshundegesetzes NRW. Das Verwaltungsgericht Aachen hielt die Haltungsuntersagung für unverhältnismäßig. Der Senat hat die Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts zugelassen.

**07.05.2025**

Sitzungssaal I

Uhrzeit: 10.30 Uhr

Aktenzeichen: 7 D 155/23.NE

(...) ./.. Gemeinde Rosendahl

Der Antragsteller wendet sich mit seinem Normenkontrollantrag gegen den Bebauungsplan Wohnquartier "Gustav-Böcker-Straße" der Gemeinde Rosendahl. Der Bebauungsplan soll die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von drei zweigeschossigen Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 18 Wohneinheiten schaffen. Der Antragsteller macht geltend, er sei als Eigentümer eines Grundstücks in der Nachbarschaft des Plangebiets in seinen Rechten verletzt, weil die Gefahr der Überflutung von Nachbargrundstücken bei Starkregenereignissen planerisch nicht bewältigt worden sei.

**07.05.2025**

Sitzungssaal I

Uhrzeit: 14.00 Uhr

Aktenzeichen: 7 A 2491/22 (VG Köln, 2 K 6602/20)

Eheleute (...) ./.. Stadt Bergisch Gladbach

beigetragen: (...)

Die Kläger wenden sich gegen eine ihren Nachbarn, den Beigetragen, erteilte Baugenehmigung zur Erweiterung eines Wohnhauses in den rückwärtigen Grundstücksbereich. Sie sind der Ansicht, das Bauvorhaben verstoße u. a. gegen Abstandsflächenvorschriften. Das Verwaltungsgericht Köln hat die Klage abgewiesen. Das Oberverwaltungsgericht verhandelt über die Berufung der Kläger.

**08.05.2025**

Sitzungssaal II

Uhrzeit: 9.30 Uhr

Aktenzeichen: 13 D 52/21.NE

(...) ./.. Land Nordrhein-Westfalen

Die im Kreis Warendorf lebende Klägerin wendet sich gegen diverse Regelungen der Coronaschutzverordnung in der Fassung vom 05.03.2021, so unter anderem gegen die angeordneten Kontaktbeschränkungen, die Masken- und Testpflicht, die Rückverfolgbarkeit, die Beschränkungen des Einkaufens sowie die Schließung von Schwimmbädern und gastronomischen Betrieben.

**08.05.2025**

Sitzungssaal II

Uhrzeit: 12.00 Uhr

Aktenzeichen: 13 D 111/20.NE

(...) ./ Land Nordrhein-Westfalen

Der in der Stadt Warendorf wohnhafte Antragsteller wendet sich gegen die inzwischen außer Kraft getretene Coronaregionalverordnung. Diese sah nach einem Corona-Ausbruch in einem Schlachtbetrieb in Rheda-Wiedenbrück im Juni 2020 weitreichende Kontaktbeschränkungen sowie Einschränkungen im Kultur- und Freizeitbereich im Kreis Gütersloh und benachbarten Kreis Warendorf vor.

**15.05.2025**

Sitzungssaal II

Uhrzeit: 10.00 Uhr

Aktenzeichen: 4 A 2550/22 (VG Gelsenkirchen, 19 K 4391/20)

(...) ./ Land Nordrhein-Westfalen

Aktenzeichen: 4 A 274/23 (VG Düsseldorf, 20 K 7275/21)

1. (...), 2. (...) ./ Land Nordrhein-Westfalen

Aktenzeichen: 4 A 2551/22 (VG Gelsenkirchen, 19 K 4392/20)

(...) ./ Land Nordrhein-Westfalen

Die Kläger wenden sich jeweils gegen einen Rücknahmebescheid betreffend die Gewährung einer Corona-Soforthilfe, die als Billigkeitsleistung für von der Corona-Krise 03/2020 besonders geschädigte Unternehmen und Angehörige Freier Berufe einschließlich Soloselbstständiger zur Überwindung einer existenzbedrohlichen Wirtschaftslage bzw. eines Liquiditätseinganges gewährt wurde. Die Beklagte nahm die Corona-Soforthilfe zurück, weil die Kläger jeweils als Teil eines verbundenen Unternehmens nicht antragsberechtigt gewesen seien.

**15.05.2025**

Sitzungssaal II

Uhrzeit: 13.30 Uhr

Aktenzeichen: 4 A 2928/24 (VG Gelsenkirchen, 19 K 3380/24)

(...) ./ Land Nordrhein-Westfalen

Aktenzeichen: 4 A 2929/24 (VG Gelsenkirchen, 19 K 5722/23)

(...) GmbH ./ Land Nordrhein-Westfalen

Die Kläger wenden sich jeweils gegen die Rückforderung ihnen gewährter Corona-Soforthilfe 2020, nachdem sie formularmäßig erklärt hatten, sie hätten im Förderzeitraum keinen Liquiditätseingangs im Sinne der Förderbedingungen gehabt und erklärten deshalb unwiderruflich, dass sie die mit dem Bewilligungsbescheid gewährte Soforthilfe (einschließlich fiktivem Unternehmerlohn) nicht in Anspruch nähmen. Nachdem das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen die Verzichtserklärung für unwirksam gehalten und

deshalb die Rückforderung als rechtswidrig bewertet hat, ist die Wirksamkeit des über das Rückmeldeformular erklärten Verzichts im Berufungsverfahren zu überprüfen.

**15.05.2025**

Sitzungssaal I

Uhrzeit: 11.00 Uhr

Aktenzeichen: 10 D 203/22.NE

(...) ./.. Stadt Willich

Der Antragsteller wendet sich mit seinem Normenkontrollantrag gegen den Bebauungsplan Nr. 7 V W „südlich Konrad-Adenauer-Park“. Mit dem Bebauungsplan beabsichtigt die Stadt Willich, ein ehemaliges Krankenhausgelände einer neuen Nutzung zuzuführen und die Entwicklung eines innerstädtischen Wohnquartiers unter besonderer Berücksichtigung der Integration von Einzelhandel, Arztpraxen und weiteren Dienstleistern zu ermöglichen. Der Antragsteller macht neben formellen Mängeln insbesondere geltend, die durch den Bebauungsplan ermöglichte Bebauung habe für sein unter Denkmalschutz stehendes Gebäude erdrückende Wirkung. Zudem seien die Verkehrszunahme und die Verkehrslärmbelastung unterschätzt worden.

**15.05.2025**

Sitzungssaal I

Uhrzeit: 13.00 Uhr

Aktenzeichen: 10 A 1690/22 (VG Aachen, 5 K 2198/20)

(...) ./.. Stadt Aachen

beigeladen: Landschaftsverband Rheinland

Die Klägerin klagt als Eigentümerin des betroffenen Grundstücks gegen die Eintragung eines Bodendenkmals („Gelände des ehemaligen Bodenhofs“) in die Denkmalliste der Stadt Aachen. Beim Verwaltungsgericht Aachen blieb die Klage erfolglos. Das Oberverwaltungsgericht hat auf Antrag der Klägerin dagegen die Berufung zugelassen.

**15.05.2025**

Sitzungssaal III

Uhrzeit: 11.30 Uhr

Aktenzeichen: 12 A 2334/22 (VG Köln, 25 K 4009/21)

Stadt Hamburg ./.. 1. Stadt Köln, 2. Landschaftsverband Rheinland

Der Klägerin sind für die Inobhutnahme eines unbegleiteten ausländischen Minderjährigen in der Zeit vom 18.-20.08.2018 Kosten entstanden. Die Beteiligten streiten darüber, ob die Klägerin gegen die Beklagten einen Anspruch auf Erstattung dieser Kosten hat. Beim Verwaltungsgericht Köln hatte die Klage keinen Erfolg.